



Rede zur Kandidatur von

Maike Finnern

als Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Leipzig, 10. Juni 2021

Liebe Kolleg*innen,

liebe Gäste,

ich bin Maïke Finnern, 52 Jahre alt, Vorsitzende des Landesverbands NRW und trete heute als Kandidatin für den Vorsitz der GEW an. Seit 10 Jahren habe ich Erfahrungen in verschiedenen politischen Tätigkeiten und Bereichen bei der GEW NRW, dem DGB Bezirk NRW und der GEW auf Bundesebene.

Am liebsten hätte ich euch alle hier in Leipzig getroffen, aber das geht nicht und insofern ist es gut, dass wir den Gewerkschaftstag online abhalten können und noch besser, dass wir uns nächstes Jahr dann hier sehen und miteinander diskutieren und feiern können. Ich freue mich jetzt schon!

Die GEW bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und muss in beiden Bereichen ihre Kompetenz zeigen. Wir haben klare bildungspolitische Ziele, dafür steht die GEW, dafür stehe ich.

Aber, liebe Kolleg*innen, die Umsetzung dieser bildungspolitischen Ziele geht nicht auf dem Rücken der Beschäftigten, die in den Bildungseinrichtungen arbeiten, gute Arbeitsbedingungen sind unverzichtbare Voraussetzung und müssen stimmen, alle Betroffenen und Beteiligten müssen mitgenommen werden. Gute Bildung braucht Ressourcen und gute arbeitsmarktpolitische Voraussetzungen. Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen!

Das Motto unseres diesjährigen Gewerkschaftstags „Bildung. Weiter denken!“ ist nicht nur als Name unserer Initiative der letzten Jahre für eine bessere Bildungsfinanzierung sehr passend, sondern auch für das, was ich als unsere Aufgabe in den kommenden Jahren ansehe:

Wir als GEW, liebe Kolleg*innen, denken Bildung weiter, wir als GEW haben die Aufgabe, die Politik zu verpflichten, Bildung weiterzudenken, über die Krise hinaus.

Dabei darf es beim Denken nicht stehen bleiben, die Politik muss handeln. Das hat die Pandemie allen überdeutlich gezeigt. Und wir müssen dieses mehr, dieses weiter, was gute Bildung braucht, immer wieder benennen und einfordern und die Politik zum Handeln zwingen. Wir als GEW stehen dafür, Bildung weiter zu denken und setzen uns für eine gute Umsetzung ein!

Gute Bildung erschöpft sich nicht darin, dass Regierungen Bildungsgerechtigkeit zum Grundsatz ihrer Politik erklären, liebe Kolleg*innen. Ich erwarte von ihnen und damit auch von der zukünftigen Bundesregierung, dass sie dieses Motto mit Leben füllen. Bildung unzureichend zu finanzieren, vor der ernsthaften Umsetzung von Chancengleichheit zurückzuschrecken, gerechtfertigte Forderungen und Ansprüche von Beschäftigten zurückzuweisen, ist nicht das, was ich unter guter Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik verstehe: Chancengleichheit und gute Arbeitsbedingungen!

Chancengleichheit braucht Gerechtigkeit

Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen muss das Leitmotiv von Bildungs- und Jugendpolitik sein. Bildungserfolg darf nicht vom soziokulturellen und ökonomischen Hintergrund des Elternhauses und Umfeldes abhängen. Wir brauchen Strukturen im Bildungssystem, die gleiche Chancen schaffen, statt Ungleichheiten zu verstärken.

Wir als GEW, liebe Kolleg*innen, fordern das schon lange, nationale und internationale Studien schreiben die Schaffung von Chancengleichheit immer wieder ins Heft aller Regierungen.

Seit nunmehr fast 60 Jahren sind wir in diesem Punkt kaum weitergekommen, es sind neue Unwuchten im System entstanden. Das, liebe Kolleg*innen, ist ein Skandal.

Die Pandemie hat die Missstände und Versäumnisse der letzten Jahrzehnte für alle sichtbar gemacht. Niemand, ich betone, niemand kann mehr die Augen vor den notwendigen Veränderungen verschließen.

Und trotzdem, angesichts der Debatten über die Situation der öffentlichen Haushalte, die wir an allen Orten bereits erleben, ist das nichts weniger als eine Herkulesaufgabe. Aber ich bin fest entschlossen, diese gemeinsam mit euch anzugehen.

Es ist erschreckend und entlarvend, dass Regierungen Bildungsgerechtigkeit proklamieren, zugleich aber eine Politik der Abgrenzung verfolgen.

Ich erwarte eine Politik, die die anerkannte Fachkraft-Kind-Relation in den KitTas umsetzt und damit hohe Qualität und individuelle Förderung ermöglicht.

Ich erwarte eine Politik, die das öffentliche Bildungssystem stärkt.

Ich erwarte eine Politik, die es Schulen ermöglicht, Wege zu eröffnen und Teilhabe zu gestalten.

Ich erwarte eine Politik, die die Unabhängigkeit von Bildung hochhält und sie nicht an Unternehmen und Stiftungen verkauft.

Ich erwarte eine Politik, die Weiterbildungseinrichtungen so finanziert, dass sie allen offen stehen und lebenslanges Lernen ermöglichen.

Mehr Chancengleichheit, liebe Kolleg*innen, heißt die unbedingte Verpflichtung zu Nachhaltigkeit und Demokratie.

Trotz aller dramatischen Folgen und Entwicklungen in der Pandemie gilt:

Niemand darf vergessen, dass die Klimakrise die größte Bedrohung unserer Menschheit und unserer Gesellschaft bleibt. Niemand darf vergessen, dass die Demokratie das Fundament unserer

Gesellschaft ist und wir sie gemeinsam gegen Angriffe und Unterwanderungsversuche stärken müssen. Die GEW steht für die Stärkung der politischen Bildung.

Chancengleichheit braucht Verlässlichkeit

Bildung muss verlässlich sein, von Anfang an. Wir brauchen einen KiTa-Platz für alle, mit Bedingungen, die frühkindliche Bildung verlässlich machen. Wir brauchen keine Abschulung, wir brauchen Unterstützung.

Verlässlichkeit heißt, dass Jugendliche sich darauf verlassen können, die Schulbildung, das Studium auf Wunsch dort zu beenden, wo sie es begonnen haben. Dazu gehört auch, dass die Finanzierung des Studiums verlässlich ist.

Fast die Hälfte aller Studierenden leidet unter finanziellen Auswirkungen der aktuellen Krise. Jetzt rächt sich, dass die Bundesregierungen das Herzstück der staatlichen Studienförderung sträflich vernachlässigt haben. Als das BAföG vor 50 Jahren ins Leben gerufen wurde, bekam fast die Hälfte der Studierenden einen Vollzuschuss, heute nur noch 11 Prozent. Über Jahre hinweg wurden Bedarfssätze und Freibeträge nicht der Preisentwicklung angepasst.

Egal, wer in diesem Jahr die neue Bundesregierung stellt, liebe Kolleg*innen, die Reform des BAföG muss ganz oben auf der Agenda stehen. Gut, dass das Bundesverwaltungsgericht das genauso sieht!

Bildung braucht verlässliche Arbeitsbedingungen.

Bei der Übermittagsbetreuung und im offenen Ganztage wird häufig mit Honorar- oder Kleinstverträgen gearbeitet, unter Tarif entlohnt und die Arbeitsbedingungen sind prekär.

Die Überlast in den Schulen ist groß, so dass viele nicht durchhalten. Seiten- und Quereinsteiger*innen verdienen verlässliche Perspektiven und Qualifizierungen.

Für Hochschulen gilt: Wenn solide wissenschaftlich gelehrt und geforscht werden soll, dann braucht es dafür Zeit und das Wissen, davon leben zu können.

Wozu die häufig unsicheren Arbeitsbedingungen in der Weiterbildung führen, das haben wir gerade in der Pandemie überdeutlich gesehen: Soloselbstständige kämpfen um ihre Existenz. Arbeit in der Erwachsenenbildung muss endlich verlässlich werden.

Liebe Kolleg*innen, alle in Bildung arbeitenden Menschen verdienen eine verlässliche Perspektive.

Chancengleichheit braucht Respekt

Chancengleichheit braucht Respekt gegenüber den Lernenden. Sie sollen durch Bildung ihre Persönlichkeit entwickeln. Dafür benötigen Sie zugleich Strukturen und Freiheit für ihren eigenen Weg.

Chancengleichheit braucht Respekt gegenüber allen Beschäftigten. Ihr, liebe Kolleg*innen, leistet eine unverzichtbare Arbeit.

Dass dieser Arbeit gegenüber zu häufig der Respekt fehlt, zeigt sich gerade auch wieder in den letzten Monaten. Die GEW hat sich auf allen Ebenen konsequent für guten Arbeits- und Gesundheitsschutz eingesetzt.

Allzu häufig sind wir dafür angegangen und zerrissen worden. Wenn der stellvertretende Ministerpräsident des Landes NRW von allzu vielen Lehrkräften, die es sich im Lockdown bequem gemacht hätten, spricht, dann ist das respektlos.

Ich sage: Liebe Regierung, so geht das nicht!

Arbeit mit kleinen Menschen, Arbeit von Frauen verdient mehr Respekt. Facharbeiter*innen verdienen immer noch mehr als Erzieher*innen, das darf nicht sein.

Der Unterschied zwischen verbeamteten Lehrkräften und deren tarifbeschäftigten Kolleg*innen bei gleicher Ausbildung und Tätigkeit muss in der kommenden Tarifrunde weiter verringert werden.

Lehrkräfte aller Schulformen verdienen das gleiche Eingangsamt. Dass dies in einigen Ländern inzwischen anerkannt und umgesetzt ist, ist unser Erfolg, der Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit, liebe Kolleg*innen. Besonders die großen Bundesländer weigern sich weiterhin hartnäckig, diese Anforderung umzusetzen, daher werden wir so lange dranbleiben, bis alle Lehrämter in Deutschland das gleiche Eingangsamt haben.

Liebe Kolleg*innen, ich erwarte Respekt vor der Arbeit in allen Bildungseinrichtungen, ich erwarte, dass Regierungen sich ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten bewusst sind. Für mich ist klar: Wir wollen gute Arbeit im öffentlichen Dienst!

Und: Bildung ist keine Ware. Sie ist Voraussetzung für ein gutes Leben unabhängig vom Geldbeutel und von der Herkunft, für echte Teilhabe in unserer demokratischen Gesellschaft.

Chancengleichheit braucht Ressourcen

Häufig heißt es, dass unsere Forderungen nach Ressourcen völlig überzogen und natürlich überhaupt nicht zu bezahlen seien. Die Situation der öffentlichen Haushalte nach der Pandemie wird uns immer und überall entgegengehalten. Man sei nun mal an die Schuldenbremse gebunden. Punkt.

Ich sage: Liebe Regierung, so geht das nicht!

Mit Schuldenbremse und schwarzer Null kommen wir nicht weiter! Einer Krise kann man nicht hinterher sparen, man muss aus ihr herauswachsen. Es wird jetzt darauf ankommen, nicht wieder die gleichen Fehler zu machen. Wir haben im DGB ein gutes Steuerkonzept erstellt, das zu einer Umverteilung beiträgt, das diejenigen mit starken Schultern angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Hand beteiligt.

Ich sage: Liebe Regierung, so geht das!

Wie wenig dem Staat das Bildungswesen auch in der Pandemie wert ist, zeigt eine Zahl: ca. 7 ½ Milliarden Euro kosten die Nothilfen für Kitas, Schulen, Ausbildung und Hochschulen, inklusive des Nachholpakets. 7 ½ Milliarden im Vergleich zu 9 Milliarden alleine für die Lufthansa. Das, liebe Kolleg*innen, ist beschämend!

Dabei geht es um unsere Zukunft: deutschlandweit gut drei Millionen Kita-Kinder, elf Millionen Schüler*innen, drei Millionen Studierende und knapp eineinhalb Millionen Auszubildende. Ca. 785 000 Beschäftigte arbeiten in Kitas, ca. 810 000 in Schulen, ca. 740.000 an den Hochschulen.

Eine weitere Ressource für Chancengleichheit ist Zeit: Zeit zum Lernen, Zeit zum Entdecken, Zeit für Beziehung, Zeit für Beratung. Sie braucht gute Gebäude, eine gute Infrastruktur, und ausreichend gutes Material.

Chancengleichheit lebt durch engagierte Bildungsprofis, die sich in ihrem Beruf dafür einsetzen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene gebildet werden. Fehlende Fachkräfte verstärken die Ungleichheit. Pädagog*innen, die diese Arbeit leisten, egal in welcher Altersstufe, müssen gut qualifiziert sein. Sie brauchen gute und nachhaltige Fortbildungen.

Und Chancengleichheit braucht noch viel mehr.

Deutschland, liebe Kolleg*innen, könnte dies bezahlen -

wenn endlich das Kooperationsverbot gänzlich aufgehoben würde,
wenn sich Bund, Länder und Kommunen als Verantwortungs-gemeinschaft begreifen und nicht mit Konnexitätsfragen blockieren würden,
wenn Regierungen nachhaltig und wirksam Prioritäten in den Haushalten zugunsten von Bildungsfinanzierung verschieben würden,
wenn nicht die schwarze Null, sondern Mehreinnahmen für die öffentliche Hand im Fokus ständen.

Das reiche Land Deutschland, das für sich gute Bildung in Anspruch nimmt, gibt viel zu wenig dafür aus. Das, liebe Kolleg*innen, muss sich ändern, denn eine gut finanzierte Bildung ist das Rückgrat einer demokratischen Gesellschaft und eines pluralistischen, antifaschistischen Staates.

Chancengleichheit braucht Solidarität

Chancengleichheit entsteht dann, wenn alle am Prozess Beteiligten sich einbringen können.

Es kann nicht sein, dass Regierungen uns Gewerkschaften nicht als Verhandlungspartner*innen betrachten, sondern am liebsten nur kurz informieren und vor vollendete Tatsachen stellen.

Ein nationaler Bildungsrat auf Bundesebene braucht die Stimme der GEW, die Stimme der Beschäftigten, die jeden Tag für gute Bildung arbeiten.

Chancengleichheit braucht aber auch die Solidarität des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Alle profitieren von guter Bildung. Unsere demokratische Gesellschaft braucht Chancengleichheit. Daher setze ich, liebe Kolleg*innen, auf die Solidarität des DGB mit uns Beschäftigten im Bildungsbereich und für eine auskömmliche Bildungsfinanzierung.

Chancengleichheit braucht internationale Solidarität, nur so werden wir dem Anspruch gerecht, gemeinsam und weltweit für gute Bildung zu kämpfen.

Für mich heißt Bildung. Weiter denken! Gerechtigkeit, Verlässlichkeit, Respekt, Ressourcen und Solidarität. Mit diesen Forderungen werde ich mich, wird die GEW sich einbringen.

Wir in der GEW, liebe Kolleg*innen, haben einen politischen Auftrag, der über Bildung hinausgeht. Wir verstehen uns ausdrücklich als antifaschistische Organisation und Stimme.

Wie wichtig diese Stimme ist, zeigt sich gerade jetzt. Die Pandemie hat Schwächen und Schieflagen gnadenlos aufgezeigt. Antisemitismus, liebe Kolleg*innen, ist nicht hinnehmbar. Wir sind uns unserer besonderen Verantwortung bewusst. Wenn das Gegeneinander stärker ist als das Miteinander und das Ich wichtiger als das Wir, dann sind wir als Solidargemeinschaft gefordert.

Eine Gesellschaft der Spaltung, ist eine Gesellschaft, die die am rechten Rand, im Lager derer, die Verschwörungstheorien anhängen, im Lager von Faschist*innen gerne haben wollen. Sie machen mobil gegen unser demokratisches System. Dagegen sind wir aktiv!

In der Krise ist deutlich geworden, wie gefährlich die Politik der Rechtspopulist*innen ist. Die AFD ist immer sichtbarer eine Partei, die offen agierende Neonazis in ihren Reihen duldet, die den völkischen Rassismus in ihrem Stammbuch hat, die unsere Demokratie aushöhlen will. Aber, liebe Kolleg*innen, dagegen stehen wir als GEW! Wir sind aktiv gegen rechts!

Um unsere Ziele zu erreichen, brauchen wir eine starke Gewerkschaft. Je stärker wir sind, je mehr wir verankert sind, desto mehr können wir erreichen: gesellschaftspolitisch, bildungspolitisch, tariflich und für bessere Arbeitsbedingungen!

Das bedeutet an erster Stelle, dass wir viele sein müssen. Mit knapp 280.000 Mitgliedern sind wir die viertgrößte Gewerkschaft im DGB. Das ist kein Polster, auf dem wir uns ausruhen können, die Zahlen sind auch bei uns rückläufig. Es muss uns gelingen, mehr Menschen für die GEW zu begeistern, für unsere Inhalte und für die gewerkschaftliche Solidarität, Potenzial ist da. Die begonnen Schritte in der Organisationsentwicklung möchte ich fortführen und ausbauen. Es muss uns gelingen, alle Medien für uns zu nutzen.

Der Generationenwechsel will gestaltet werden. Nicht nur in der Gremienarbeit ist er eine dringende Aufgabe. Die Einbindung aller Bildungsprofessionen in unsere Gewerkschaft ist ein wichtiges Ziel, die Bindung von Senior*innen an die GEW ein wichtiges Element der Organisationsentwicklung.

72% unserer Mitglieder sind weiblich. Dies hat zu wenig Entsprechung bei der aktiven Gewerkschaftsarbeit, auch wenn sich einiges verändert hat. Noch immer übernehmen Kolleginnen zögerlich Funktionen in der Gremien- und Personalratsarbeit, insbesondere auch in Leitungspositionen oder sie bekommen erst gar keine Chance.

Woran liegt das und welche Abhilfen gibt es? Wie können wir es schaffen, mehr junge Menschen für ein ehrenamtliches Engagement in der GEW zu begeistern? Was müssen wir tun, um die GEW zu einer geschlechtergerechten Organisation zu entwickeln? Welche Bedingungen braucht es, um Sorge- und Carearbeit mit ehrenamtlichem Engagement verbinden zu können? Wie kann die GEW euch in eurem Ehrenamt besser unterstützen? Welche – auch digitalen - Strukturen braucht ihr?

Liebe Kolleg*innen, diese Fragen wollen und müssen wir als GEW beantworten. Das ist eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre, dafür werde ich mich einsetzen.

Im Vorfeld ist mir die Frage gestellt worden, mit welchem Tier ich die GEW vergleichen würde: Ich habe mich für den Wal entschieden: das Tier sollte nicht zu klein sein, klug und langlebig, möglichst sozial, hartnäckig und kein*e Einzelkämpfer*in sein. Der Wal vereint die gesuchten Fähigkeiten und Verhaltensweisen. Die Schulen, in denen Wale leben, umfassen bis zu 50 Tiere. Bei bestimmten Gelegenheiten können sie auf mehr als 1.000 Mitglieder anwachsen und sogar aus verschiedenen Arten bestehen. Wale sind starke Tiere. Sie können sich über große Entfernungen vernetzen und miteinander kommunizieren. Das passt gut zu meiner GEW!

Liebe Kolleg*innen,

in diesem Sinne möchte ich in den kommenden Jahren als Vorsitzende der GEW arbeiten und für gute Bildung und gute Arbeitsbedingungen kämpfen. Dafür bitte ich um eure Unterstützung.

Vielen Dank!